



## **Integrationsausschuss**

### **35. Sitzung (öffentlich)**

22. Oktober 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:45 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE) (Vorsitzender)  
Ingrid Hack (SPD) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1 Misshandelte Flüchtlinge in Burbach</b>	<b>6</b>
– Bericht der Landesregierung	
Vorlage 16/2287	
– Bericht durch Minister Guntram Schneider (MAIS)	6
– Aussprache	9
<b>2 Standards der Flüchtlingsunterbringung in Landeseinrichtungen und kommunalen Sammelunterkünften in Nordrhein-Westfalen</b>	<b>21</b>
– Bericht der Landesregierung	
Vorlage 16/2288	

Keine Wortmeldungen.

**3 Unser Land braucht eine Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme – hin zu einer humanen und dezentralen Unterbringung in ganz NRW 22**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4164  
Ausschussprotokoll 16/537

Der Ausschuss vertagt die weitere Beratung des Antrags.

**4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) 23**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6500

und Ergänzung  
Drucksache 16/6710  
Vorlage 16/2175

– Bericht der Landesregierung

– Einzelberatung 23

**5 Deutsch als Zweitsprache aus integrationspolitischer Sicht 27**

In Verbindung mit:

**Aktueller Stand der Umsetzung von sogenannten Vorbereitungs- und Auffangkursen**

– Bericht der Landesregierung  
Zuschrift 16/598  
Vorlagen 16/2280 und 16/2279

– Aussprache 27

**6 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen 30**

– Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/2278

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 3 -	APr 16/687
Integrationsausschuss		22.10.2014
35. Sitzung (öffentlich)		rt-beh
	- Aussprache	30
<b>7</b>	<b>Integrationswahlen vom 25. Mai 2014</b>	<b>32</b>
	- Bericht der Landesregierung Vorlage 16/2274	
	- Aussprache	32
<b>8</b>	<b>Personalgewinnung des Landes Nordrhein-Westfalen muss der gesellschaftlichen Vielfalt gerecht werden</b>	<b>33</b>
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/6855	
	Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.	
<b>9</b>	<b>Fachgespräch „Integrationslotsen“</b>	<b>34</b>
	Ausschussprotokoll 16/640	
	Der Ausschuss vertagt die Aussprache.	
<b>10</b>	<b>Keine Zeltstädte in Nordrhein-Westfalen – Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten, Schulen und Turnhallen verhindern</b>	<b>35</b>
	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/6674 (Neudruck)	
	Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.	
<b>11</b>	<b>Informationsfahrt des Integrationsausschusses nach Flensburg, Dänemark und Norwegen in der Zeit vom 17. bis 22. August 2014</b>	<b>36</b>
	Vorlage 16/2190	
	- Aussprache	36

**12 Verschiedenes****37**

Der Ausschuss beschließt, mit der regulären Sitzung am 19. November 2014 um 12:30 Uhr zu beginnen und die Anhörung zu dem FDP-Antrag in Drucksache 16/6679 unter Tagesordnungspunkt 1 durchzuführen.

Hinsichtlich des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG), Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6689, beschließt der Ausschuss, sich an der Anhörung im federführenden Innenausschuss am 23. Oktober 2014 nachrichtlich zu beteiligen und sich im Rahmen des Selbstbefassungsrechts mit dem Gesetzentwurf zu befassen.

Bezüglich des Antrags der Piratenfraktion „Anonyme Krankenkarte einführen – Medizinische Versorgung für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen sicherstellen“ in Drucksache 16/6675 beschließt der Ausschuss, sich an einer Anhörung im Innenausschuss im Wege einer Pflichtsitzung zu beteiligen.

\* \* \*

#### **4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6500

und Ergänzung  
Drucksache 16/6710  
Vorlage 16/2175

– Bericht der Landesregierung

**Vorsitzender Arif Ünal** teilt mit, der Landtag habe in seiner 65. Sitzung am 10. September 2014 den Gesetzentwurf federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.

Der Integrationsausschuss sei in erster Linie zuständig für das Kapitel 11 060 „Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter“ innerhalb des Einzelplans 11.

Der Haushalt sei in der Sitzung am 17. September 2014 durch Herrn Minister Schneider eingebracht worden.

Entsprechend dem vereinbarten Zeitplan stünden heute die Einzelberatungen an. Schriftliche Fragen an das Ministerium seien im Ausschussesekretariat nicht eingegangen.

**Serap Güler (CDU)** erinnert an die Frage des Abgeordnete Rehbaum an den Minister in der letzten Sitzung, welche Nachwirkungen die Haushaltssperre habe. Der Minister habe darauf geantwortet, dass diese Haushaltssperre niemandem wehtue. Mittlerweile wisse man, dass dies nicht ganz stimme. Die Migrantenselbstorganisation Verein für Internationale Freundschaften habe ein Rundschreiben an sämtliche Fraktionsvorsitzende gesandt, in dem sie sich über die Haushaltssperre beklage, von der sie sehr stark betroffen sei. Die Abgeordnete bittet um eine Bewertung der Sachlage.

In Titel 633 68 „Zuweisungen an Gemeinden“ betrage das Ist für 2013 5,3 Millionen €. Der Ansatz für 2015 belaufe sich auf 10,7 Millionen €. Die Abgeordnete bittet um eine Erläuterung dieser Verdoppelung.

**Simone Brand (PIRATEN)** sagt, sie habe bereits in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass man bei den Integrationsbemühungen nicht die Gruppe der Menschen vergessen dürfe, in die integriert werden solle. Ihr fehlten weiterhin Gelder bzw. Maßnahmen zu den Themenbereichen Antiziganismus, Antirassismus.

Darüber hinaus sollten nicht nur die großen Integrationsprojekte, sondern auch die kleinen unterstützt werden. Beispielsweise würden Fußballvereine Jungen aus dem Asylbewerberheim von nebenan in die Mannschaften holen. Auch dies sollte unter-

stützt werden. Insofern rege sie einen komplett neuen Untertitel in dem Haushaltsplanentwurf an.

**Dr. Anette Bunse (CDU)** fragt, in welcher Höhe zum Beispiel im Rahmen des ESF Mittel für Projekte in den Bereichen Integration oder Armutszuwanderung zur Verfügung stünden.

**Regina van Dinther (CDU)** weist darauf hin, dass der Titel „Beiräte für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen (Landesbeirat/Bezirksbeirat)“ nicht mehr im Haushalt des Integrationsministeriums stehe und möchte wissen, wo dieser nun stehe.

**Minister Guntram Schneider (MAIS)** antwortet, die Förderung der Spätaussiedler und ihrer Verbände sei umgewidmet worden und befinde sich nun im Zentralkapitel 11 010 Titel 547 12. Die Mittel würden nicht gekürzt, sie erschienen nur im Haushalt an anderer Stelle.

Zu den Auswirkungen der Haushaltssperre: In der Tat habe es im Verlauf der Haushaltssperre Förderprobleme beim Förderprogramm für die Migrantenselbstorganisationen gegeben. Da sei eine Summe von 600.000 € festgeschrieben. Viele Förderungen seien bereits vor Inkrafttreten der Haushaltssperre vorgenommen worden und hätten deshalb abgearbeitet werden können, manche jedoch nicht. Damit müsse man sich nun auseinandersetzen. Dies sei aber bei einer Haushaltssperre üblich. Es laufe dann ja nicht alles so weiter wie bisher, denn dann bräuchte man eine Haushaltssperre nicht. Man arbeite hier aber nach. Bislang sei ihm kein Fall bekannt, wo es aufgrund der Haushaltssperre zu einer Existenzgefährdung eines Verbandes gekommen sei.

Die Verdoppelung des Ansatzes zur Förderung von Kommunen hänge mit der Einrichtung von Kommunalen Integrationszentren in allen kreisfreien Städten und Kreisen mit wenigen Ausnahmen zusammen.

Selbstverständlich würden auch kleinere Projekte, zum Beispiel Veranstaltungen, gefördert. Was den Antiziganismus angehe, fördere man zum Beispiel institutionell die Verbände der Sinti und Roma in Nordrhein-Westfalen durch die Finanzierung von Stellen. Da passiere also eine ganze Menge. Es werde auch nicht daran gedacht, die Mittel zu reduzieren.

Bezüglich des Sports stelle sich immer die Frage, ob dies ein Thema im Bereich Integration oder im Bereich Sport sei. Manchmal gebe es hier Debatten zwischen den beteiligten Ministerien. Bislang habe man aber immer einen Weg gefunden, um Sport zu fördern, da ja Sport eine sehr wichtige Rolle in der Integrationsarbeit spiele.

Der Europäische Sozialfonds sei neu ausgerichtet worden. In der nächsten Förderperiode würden erhebliche Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds in die Armutsbekämpfung und damit auch teilweise in die Integrationsarbeit gegeben. Ehrenamtlich Deutschunterricht über die Kommunalen Integrationszentren auf den Weg zu bringen, werde natürlich nicht kostenlos gelingen. Von daher habe er auf dem Flücht-

lingsgipfel darauf hingewiesen, dass für solche Initiativen auch der ESF zur Verfügung stehe. Dies bedeute dann aber, dass andere liebgewonnene Dinge nicht mehr in dem bisherigen Umfang finanziert werden könnten.

Eine generelle Bemerkung: Von den 3,267 Milliarden € würden 98 % aufgrund gesetzlicher Bestimmungen ausgegeben. Ganze 2 % dieses Haushaltes stünden für die politische Gestaltung zur Verfügung.

Zur Unterstützung der Kommunen, die mit der Zuwanderung von Personen aus Rumänien und Bulgarien besonders zu tun hätten, stehe nun seitens des Bundes eine Förderung von 25 Millionen € zur Verfügung. Mit dem Schlüssel, der Grundlage für die Verteilung dieser 25 Millionen € auf die Bundesländer sei, sei man überhaupt nicht einverstanden. Dieser Schlüssel orientiere sich vor allem an den Kosten für Unterkunft und Heizung. Die Länder, die alles in Bewegung gesetzt hätten, um diese Kosten nicht ansteigen zu lassen, würden nun bestraft. Nach diesem Schlüssel gebe es für Nordrhein-Westfalen 5,7 Millionen €. Zum Vergleich: Bremen erhalte 3,5 Millionen €. Dies stehe in keinem Verhältnis zu dem, was geleistet werde. Von daher werde man alle Hebel in Bewegung setzen, um dies zu korrigieren

**Dr. Joachim Stamp (FDP)** möchte wissen, wie der Schlüssel zustande gekommen sei. Offensichtlich habe die Ministerpräsidentin doch nicht einen so großen Einfluss in Berlin.

Bei der seinerzeitigen Diskussion über die sogenannte Armutszuwanderung sei immer auf den Staatssekretärsausschuss und seine Empfehlungen verwiesen worden. Der Minister habe stets eine große Entlastung angekündigt. Er, Dr. Stamp, habe bereits zu Beginn des Jahres dafür plädiert, die ESF-Mittel, die in Rumänien und Bulgarien nicht ausgegeben worden und an die EU und im dem Falle an die Geberländer zurückgeflossen seien, spitz abzurechnen und als Fonds den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Das wäre längst möglich gewesen. Der Minister habe angekündigt, dass etwas passiere. Der Abgeordnete fragt, warum dies nicht der Fall sei.

**Minister Guntram Schneider (MAIS)** lässt wissen, die ESF-Mittel für Bulgarien und Rumänien flössen zurück an die EU und an die nationalen Regierungen. Er habe den vom Abgeordneten Stamp geschilderten Weg gehen wollen. Dies wäre der richtige gewesen, aber das sei nicht durchsetzbar gewesen.

Die Arbeit der Staatssekretäre habe ja nicht nur die 25 Millionen € gebracht, sondern insgesamt weit über 200 Millionen €. Dieses Geld sei aber schon festgelegt. Jetzt gehe es um die 25 Millionen €. Der von ihm kritisierte Schlüssel sei vom zuständigen Ministerium erstellt worden. Dahinter stünden natürlich Länderinteressen. Diesen Schlüssel habe man zusammen mit Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg abgelehnt. Vor der endgültigen Beschlussfassung müsse ein Beschluss im Bundesrat gefasst werden. Hierbei werde die Landesregierung natürlich die Interessen des Landes in den Mittelpunkt rücken.

**Vorsitzender Arif Ünal** weist darauf hin, dass in der Sitzung am 19. November 2014 die abschließende Beratung stattfindet.